

Kinderbildnisse in der Kunsthalle Emden



Lovis Corinth's Hermine gehört zu den Kinderporträts, die nun in Emden zu sehen sind. Seite 22

POLITIK

Anti-Japan-Proteste in China

Peking. In dem neu entfachten Streit mit Japan um eine Inselgruppe im Ostchinesischen Meer gingen gestern wieder Zehntausende Chinesen in Dutzenden Städten auf die Straße. Nach den jüngsten Ausschreitungen verliefen die Proteste aber weitgehend friedlich. Seite 4

VERMISCHTES

Verbotene Nacktfotos

Paris. Das französische Klatschblatt „Closer“ muss alle Nacktfotos von Prinz Williams Ehefrau Kate herausrücken. Der Richterspruch könnte Folgen für Italiens illustrierte „Chi“ und Verleger Silvio Berlusconi haben. Seite 8

NORDEUTSCHLAND

Ein Schule mit fünf Schülern

Hallig Hooge. Auf der Hallig Hooge unterrichtet Lehrer Uwe Jessel fünf Schüler. Bei Sturm bleibt die Schule geschlossen. Mehr über die Zwergschule erfahren Sie in unserer Inselserie. Seite 19

FUSSBALL AKTUELL

Champions League

Olympiakos Piräus – FC Schalke 04 1:2
Bor. Dortmund – Ajax Amsterdam 1:0

WESER-KURIER.DE

TESTEN SIE IHR WISSEN

Die Weser im Quiz

Die Weser ist untrennbar mit Bremen verbunden. Doch wie viel wissen Sie über den Fluss, der durch die Hansestadt fließt und bei Bremerhaven in die Nordsee mündet? Finden Sie es im Weser-Quiz heraus. www.weser-kurier.de/bremen

WERDER BREMEN

Vorbereitung auf den VfB

Die Trainingswoche bei Werder Bremen vor dem Heimspiel gegen den VfB Stuttgart am Sonntag hat begonnen. Bilder vom Training der Grün-Weißen gibt es unter www.weser-kurier.de/werder

DAS WETTER



Schauer oder auch Gewitter

Tiefs über Skandinavien und dem Golf von Genua bestimmen das Wetter in Mitteleuropa. Ausführliches Wetter Seite 8

INHALT

Familienanzeigen	14
Fernsehen	16
Immobilienmarkt	28
Leserforum	23
Rätsel & Roman, Impressum	7
Sport	30
Veranstaltungsanzeigen	6

KONTAKT

Telefonzentrale: 04 21 / 36 71 0
Abonnenten-Service: 04 21 / 36 71 66 77
Anzeigenannahme: 04 21 / 36 71 66 55

H 7166 • 28189 BREMEN



Techniker-Krankenkasse erstattet Beiträge

Essen-Bremen (wk). Nach der Ankündigung der Techniker-Krankenkasse (TK), ihren sechs Millionen Mitgliedern eine Prämie ausschütten zu wollen, rechnet CSU-Gesundheitsexperte Johannes Singhammer damit, dass weitere Kassen nachziehen. „Ich denke, dass andere Krankenkassen, die Überschüsse haben, diesem Weg folgen werden“, sagte Singhammer gestern. Es sei eine „richtige Entscheidung“, wenn die Kassen, die es sich leisten könnten, Geld an die Versicherten zurückgäben.

Bisher hat sich gut ein Dutzend kleinerer Kassen zu Ausschüttungen entschlossen.

Beim Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenkassen hieß es, jede einzelne Krankenkasse entscheidet aufgrund ihrer individuellen Situation, „ob sie einen Zusatzbeitrag nimmt, eine Prämie auszahlt oder keines von beidem macht“. Bei den Krankenkassen in Deutschland sind Reserven von rund 22 Milliarden Euro aufgelaufen, von denen nur ein Teil für den Kassenbetrieb einbehalten werden muss.

Die Bremer Krankenkasse HKK sieht ihre mehrjährige Geschäftspolitik, Überschüsse als Beitragsprämie an die Mitglieder zurückzugeben, durch die aktuellen Entwicklungen am Markt bestätigt, so Spre-

cher Holm Ay. Die bundesweit wählbare Kasse mit mehr als 350 000 Versicherten hatte bereits 2009 als eine der ersten begonnen, eine Prämie von jährlich 60 Euro auszuschütten.

Unterdessen haben die Krankenkasse Barmer GEK sowie der Bremer Versorgungsforscher Gerd Glaeske in Berlin ihren „Heil- und Hilfsmittelreport 2012“ vorgestellt. Ihre Kritik: Der Markt der sogenannten Heil- und Hilfsmittel wie Massagen, Ergotherapie und Rollatoren wird immer größer und unübersichtlicher. Am konkreten Bedarf des Patienten gehe inzwischen schon viel vorbei. Bericht Seite 2

Neuer Vorstoß für eine Pkw-Maut

Länderinitiative zur Straßenbau-Finanzierung

Die Vorstöße von CSU-Verkehrsminister Peter Ramsauer, eine Pkw-Maut auf deutschen Autobahnen einzuführen, sind bislang allesamt gescheitert. Nun aber bekommt er offenbar Unterstützung von Kollegen aus den Ländern. Denen liegt für ihr Treffen Anfang Oktober in Cottbus ein Beschlussentwurf für die Einführung einer bundesweiten „Infrastrukturabgabe“ vor, eine Straßenabgabe durch die Hintertür. Doch dagegen regt sich bereits Widerstand, eine Mehrheit ist ungewiss.

VON DIETRICH EICKMEIER

Berlin-Hannover. Die Verkehrsminister mehrerer Bundesländer wollen einen neuen Anlauf für eine PKW-Maut nehmen. Angesichts eines dramatischen Substanzverlusts in der Infrastruktur müssten neue Finanzierungsquellen erschlossen werden, heißt es in einer Beschlussvorlage für die nächste Verkehrsministerkonferenz Anfang Oktober in Cottbus, wie das niedersächsische Wirtschafts- und Verkehrsministerium gestern bestätigte.

Den Bundesländern, so hat es eine Kommission der Verkehrsministerkonferenz ausgerechnet, fehlten jährlich „mindestens sechs Milliarden Euro“, um Deutschlands löchrige Straßenbeläge zu beseitigen oder bröckelnde und rostende Brücken zu sanieren. Offiziell steht in Cottbus die „Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ auf der Tagesordnung. Um deren aufgestaute Finanzierungslücken zu decken, wurde die Einführung einer bundesweiten Infrastrukturabgabe ins Gespräch gebracht – eine Maut durch die Hintertür.

Diese neue Sonderabgabe sieht nach Informationen des „Handelsblatts“ die Ausweitung der Lastwagen-Maut auf alle Straßen und schon für Lkw ab 3,5 Tonnen vor. Auch soll der gerade von Bund und Ländern liberalisierte Fernlinien-Busverkehr der Maut unterliegen. Die Einnahmen von bis zu sechs Milliarden Euro sollen in einen Fonds fließen und so – anders als etwa die Pkw- und Mineralölsteuer – zweckgebunden der Reparatur und dem Ausbau der Straßen zugutekommen.

Zu den Befürwortern solch einer Pkw-Maut gehören das CSU-regierte Bayern und neuerdings auch die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg. Zumindest deren Verkehrsminister Winfried Her-

mann (Grüne), der stets gegen eine Maut zu Felde gezogen war, hat erst kürzlich in einem Interview mit „Spiegel-online“ eine Kehrtwende vollzogen: „Wir brauchen dringend mehr Geld für Straßen und Schienen.“ Zudem solle die Maut die Verkehrsströme der Zukunft lenken. Darum müssten sich die Autofahrer „zumindest mittelfristig auf eine Pkw-Maut einstellen“.

In der niedersächsischen Landesregierung sieht man das freilich ganz anders. Es sei „einheilige Meinung“, sagte Wirtschafts- und Verkehrsminister Jörg Bode dieser Zeitung: „Einer Maut durch die Hintertür werden wir nicht zustimmen.“ Der FDP-Politiker wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass über die Einnahmen des Staates aus der Kfz- und der Mineralölsteuer die Autofahrer an der Finanzierung der Verkehrswege bereits beteiligt seien. In Hannover verweist man zudem darauf,

„Einer Maut durch die Hintertür werden wir nicht zustimmen.“

Niedersachsens Verkehrsminister Jörg Bode

dass auch die SPD-regierten Länder beim Thema Pkw-Maut sich stets „eher zurückhaltend“ gezeigt hätten.

Auf Widerstand dürfte der neuerliche Vorstoß vor allem auch bei den Bundestagsfraktionen von CDU und FDP im Bundestag stoßen, vor allem auch bei Kanzlerin Angela Merkel (CDU). „Die Bundesregierung hat nicht vor, in dieser Legislaturperiode die Pkw-Maut überprüfen zu lassen“, heißt es in einer Ende voriger Woche veröffentlichten Antwort der Regierung auf eine Anfrage der Grünen-Fraktion. Schon im Frühsommer hatte die Kanzlerin, die weiß, dass kaum ein Thema im Volk so unbeliebt ist wie die Pkw-Maut, einen Vorstoß des CSU-Verkehrsministers Peter Ramsauer mit einem Machtwort einstellen beordert. Die Koalition habe die Mittel für die Verkehrsinfrastruktur um eine Milliarde Euro erhöht, ließ sie ihren Sprecher Steffen Seibert aussprechen: „Darüber hinaus ist die Pkw-Maut kein Projekt für die Bundesregierung.“

Kommentar Seite 2

Der Reichtum wächst weiter

Berlin (wk). Weltweit häufen die Menschen immer mehr Geld an, auch die Deutschen sind vermögend wie nie. Das geht aus dem „Global Wealth Report“ des Versicherers Allianz hervor. Zugleich verteilt sich das Vermögen in der deutschen Bevölkerung immer ungleicher. Und: „Während das Nettovermögen des deutschen Staates zwischen Anfang 1992 und Anfang 2012 um über 800 Milliarden Euro zurückging, hat sich das der privaten Haushalte von knapp 4,6 auf rund zehn Billionen Euro mehr als verdoppelt“, heißt es in einem Bericht der Bundesregierung. Bericht Seite 27

Westerwelle will EU-Währungsfonds

Berlin (wk). Außenminister Guido Westerwelle (FDP) hat sich für einen neuen Europäischen Währungsfonds (EWF) ausgesprochen, der Aufgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) übernimmt. Es könne nicht so bleiben, dass man zur Bewältigung eigener Probleme ärmeren Regionen Geld entziehe, sagte Westerwelle gestern in Berlin. Die Einrichtung eines EWF zählt zu den Vorschlägen einer „Zukunftsgruppe“ aus elf EU-Außenministern. Zugleich warb Westerwelle für eine noch tiefere europäische Integration. Bericht Seite 3

15 Kandidaten für zwei Posten

Neue Konkurrenz für Roth und Trittin bei Grünen-Spitzenkandidatur

Berlin (wk). Insgesamt 15 Grünen-Politiker wollen Spitzenkandidat ihrer Partei bei der Bundestagswahl werden. Sieben bisher nicht angekündigte Bewerbungen von Basisvertretern kamen zum Ablauf der Frist noch kurzfristig hinzu. Jetzt wurde die Kandidatenliste auf der Grünen-Homepage freigeschaltet. Gesucht wird ein Duo aus einem Mann und einer Frau oder mit zwei Frauen. Seit Wochen ist bekannt, dass die Fraktionsvorsitzenden Renate Künast und Jürgen Trittin, Parteichefin Claudia Roth und die Bundestags-Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt sich bewerben. Weil sie sich nicht einigen konnten, wurde die Urwahl erst nötig. Beworben hatten sich zudem die Parteimitglieder Patrick Held, Mar-



Müssen sich gegen 13 Konkurrenten durchsetzen: Claudia Roth und Jürgen Trittin. FOTOS: DPA

Spielplatz der Superlative



Das macht Freude: Masis probiert die Rutsche des neuen Spielplatzes aus.

FOTO: KOCH

Bremen (fea). Zwei Tage vor dem Weltkindertag ist in Bremen-Huchting gestern ein bemerkenswerter Spielplatz eröffnet worden. Die 5500 Quadratmeter große Anlage wird vom Verein „Zuhause für Kinder“ be-

trieben und hat 650 000 Euro gekostet. Das Geld ist durch Spenden zusammengekommen. Mit der neuen Anlage wollen die Betreiber gezielt dem Bewegungsmangel von Kindern entgegenwirken. Bericht Seite 9

Wesermarsch wehrt sich gegen Atomschiff

Nordenham (ml). Plutoniumhaltige Brennelemente aus Sellafield sollen möglicherweise noch im September im Hafen von Nordenham angelandet und von dort durch die Wesermarsch in Richtung Kernkraftwerk Grohnde transportiert werden. Landkreis und Nordenham wehren sich mit einer Resolution gegen diese Planung. Der Landkreis sei auf einen möglichen Zwischenfall bei diesem Transport in keiner Weise vorbereitet, heißt es in der Begründung unter anderem. Eon hält unterdessen an dem genehmigten Transport fest. Kommentar Seite 2-Bericht Seite 17

„Unabhängigkeit der EZB in Gefahr“

Bremen (asp). Die Europäische Zentralbank (EZB) gerät durch die Politik zunehmend unter Druck, befürchtet Stephan von Stenglin, Präsident der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Hannover. Die Entscheidung zum unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen sei „von vielen Stimmen aus der Politik begrüßt worden, die selber nicht einsteigen und stattdessen die Zentralbank einspannen wollen“, sagt er im Interview mit dieser Zeitung. Stenglin spricht morgen in Bremen über die Aufgaben der Bundesbank. Interview Seite 25

Kommentar Seite 2